

## **D-1 Solidarität mit Israel - Islamismus und Antisemitismus stoppen!**

Gremium: 57. Bundeskongress  
Beschlussdatum: 22.10.2023  
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

### **Antragstext**

#### **Solidarität mit Israel und seiner Bevölkerung!**

Am 07.10. hat die islamistische Terrororganisation Hamas, der Islamische Jihad in Palästina, die PFLP, die DFLP und ggf. weitere, kleinere Gruppen einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit tausenden Raketen, Morde und Geiselnahmen von Zivilist\*innen. Durch diesen Angriff sind bereits weit über 1.000 in Israel lebende Menschen gestorben - wie viele Opfer es genau gegeben hat, weiß man noch nicht. Hunderte Menschen werden weiter vermisst, weil sie als Geiseln entführt wurden. Dieser brutale Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei all den Betroffenen, den Freund\*innen, den Familien, den Hinterbliebenen. Unsere Gedanken sind bei all den Jüdinnen\*Juden in Deutschland und weltweit, die in diesen Tagen noch mehr als ohnehin schon ihre eigene Sicherheit bangen.

Die islamistische Hamas hat und hatte nie die „Befreiung Gazas“ oder die „Befreiung Palästinas“, sondern nur die Auslöschung alles Jüdischen - oder was sie dafür halten - zum Ziel. Dieser Vernichtungsantisemitismus ist grauenhaft und findet in uns die größte Gegnerschaft. Im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung und als Antifaschist\*innen sind wir solidarisch mit der israelischen Bevölkerung und Israel als Schutzraum jüdischen Lebens. Israel hat das Recht, seine Bevölkerung zu schützen, sich gegen diese Angriffe zu verteidigen und die Geiseln zu befreien.

#### **Die perfide Strategie der islamistischen Feinde Israels**

Die Hamas verwendet die Bevölkerung in Gaza als menschliche Schutzschilde. Sie positionieren ihre Stützpunkte in Schulen und Krankenhäusern und nehmen in Kauf, dass viele unschuldige Menschen sterben. Die Terroristen und ihre ideologischen Ziehväter aus dem Mullah-Regime im Iran wollen, dass dieses Leid und Bilder davon entstehen, um Israel dafür verantwortlich zu machen. Die Hamas verhindert, dass Menschen in Sicherheit gebracht werden, um diese für Propaganda gegen Israel zu verwenden.

31 Unschuldige Palästinenser\*innen sollten nicht wegen des Terrors der Hamas, des  
32 Islamischen Dschihad und schlussendlich auch des Mullah-Regimes leiden müssen  
33 und sterben.

34 Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich und seine Bevölkerung zu  
35 verteidigen. Mit diesem Recht geht auch die Pflicht einher, sich an  
36 internationales Recht und Abkommen zu halten. Die Palästinensische Bevölkerung  
37 hat gemäß der Osloer Veträge ein Recht auf Leben und Selbstbestimmung innerhalb  
38 der autonomen Gebiete. Deshalb muss im Kampf gegen die Hamas der Schutz aller  
39 Zivilist\*innen, die humanitäre Hilfe der Menschen in Gaza und die Rückkehr in  
40 die Autonomen Gebiete in Nord-Gaza so weit wie möglich gewährleistet werden.

41 **Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Gaza**

42 Wir sind solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die seit Jahren  
43 unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und gerade jetzt  
44 instrumentalisiert wird. Unsere Gedanken sind bei den tausenden  
45 Palästinenser\*innen, die in den letzten Tagen verletzt wurden, gestorben sind  
46 oder sich nun auf der Flucht befinden. Infolge der israelischen Blockade von  
47 Strom, Wasser und Treibstoff hat sich die humanitäre Lage in den letzten Tagen  
48 immer weiter verschärft. Der Zugang zu Wasser, Medikamenten, lebensnotwendigen  
49 Waren und humanitärer Hilfe muss deshalb dringend gewährleistet werden. Wir  
50 begrüßen, dass die EU nun eine Luftbrücke zur Versorgung der Menschen in Gaza  
51 eingerichtet hat und erwarten von allen in der Region nun maximale Bereitschaft  
52 dazu, die humanitäre Situation zu verbessern. Außerdem braucht es jetzt dringend  
53 sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen alle in der Region eine  
54 Verantwortung.

55 **Das ist kein Widerstand, das ist Terror!**

56 Mit der Invasion und den grausamen Nachrichten und Bildern zeigt sich deutlich:  
57 Frauen sind und waren immer wieder der Kriegsgewalt ausgesetzt. Diese Form  
58 frauenfeindlicher, sexueller Kriegsgewalt ist nicht dem Islamismus vorbehalten.  
59 Dennoch stellen sich die Israel angreifenden Islamisten damit in die Tradition  
60 von islamistischen Organisationen wie al Qaida oder Daesh (auch "islamischer  
61 Staat" genannt).

62 Die Hamas und der Islamische Dschihad sind in ihrer islamistischen Ideologie  
63 zutiefst menschenfeindlich. Frauen, queere Menschen, marginalisierte Gruppen  
64 oder religiöse Minderheiten und politischer Gegner\*innen werden durch  
65 grauenvolle Gewalt unterdrückt.

66 Die Hamas nutzt diese grauenvollen Angriffe auf Israel, um die  
67 Friedensverhandlungen von Israel mit den arabischen Staaten zu sabotieren. Die  
68 Hamas will mit diesem Angriff den Geldfluss zu ihren Machteliten sichern. Und  
69 die Hamas setzt mit diesem Angriff auch den Willen des iranischen Regimes um.  
70 Der Terror der Hamas soll eine friedliche Beilegung der Konflikte verhindern.  
71 Wir verurteilen diesen Terror aufs Schärfste! Wir sind in Solidarität mit den  
72

73 Palästinenser\*innen, die sich für eine nachhaltige friedliche Koexistenz mit  
74 Israel frei vom Einfluss des islamistischen Mullah-Regimes und jihadistischer  
75 Gruppen einsetzen.

76

### 77 **Solidarität grenzenlos!**

78 Wir wissen, dass die Situation in Israel immer auch Auswirkungen auf  
79 Jüdinnen\*Juden weltweit hat. Wenn Israel attackiert wird, dann ist der Weg zu  
80 brennenden Israel-Flaggen und Angriffen auf jüdische Einrichtungen weltweit  
81 nicht weit. Mit Sorge beobachten wir eine Zunahme von Anfeindungen, Bedrohungen  
82 und tätlichen Angriffen auf Jüdinnen\*Juden und Synagogen. Wir erwarten, dass  
83 Jüdinnen\*Juden in Deutschland in den nächsten Tagen und Wochen ganz besonders  
und effektiv geschützt werden.

### 84 **Wir weisen Rassismus entschieden zurück!**

85

86 Dass der Angriff der Hamas auf Israel und die gerechtfertigte Wut auf diejenige,  
87 die die Gräueltaten der Hamas auf unseren Straßen feiern, nun in den letzten  
88 Tagen immer wieder für rassistische Debatten in Deutschland genutzt wurde, ist  
89 schäbig: In Deutschland lebende Muslim\*innen kollektiv zu unterstellen, die  
90 Gräueltaten der Hamas gutzuheißen, ist schlicht rassistisch. Auch die nun  
91 zunehmenden Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus  
92 bekämpft man nicht, indem man sich an rassistischen Scheidebatten beteiligt.

93

94

### 95 **Versammlungsfreiheit wahren - Antisemitismus entschieden ahnden!**

96

97 Wenn Menschen hier in Deutschland pauschal für ihre Trauer um die Menschen im  
98 Gazastreifen und ihre Solidarität mit Palästinenser\*innen kriminalisiert werden,  
99 schafft das weitere Nährboden für islamistische Radikalisierung. Wir erwarten von  
100 den Behörden hier, dass in der aktuellen Situation stets im Einzelfall abgewogen  
101 wird, ob Demonstrationen stattfinden können oder verboten werden. Klar bleibt  
102 jedoch, dass jegliche Form von Antisemitismus und Volksverhetzung nicht geduldet  
103 werden darf und dass entsprechende Vorfälle unterbunden und geahndet werden  
104 müssen.

105 Es ist richtig, dass die Bundesregierung Israel unterstützt: finanziell,  
106 humanitär und auch militärisch. Etwa 200 Menschen sind gerade in Geiselhaft der  
107 Hamas. Deutschland muss sich für die Rettung der Geiseln einsetzen. Das  
108 Auswärtige Amt muss Menschen aus Israel mit Angehörigen in Deutschland bei der  
109 Einreise unterstützen.

110 Die Bundesregierung muss alles in der Macht Stehende tun, um die Finanzierung  
111 islamistischer Organisationen - von den Hamas über die Hisbollah bis hin zum  
112 Regime im Iran - ein für allemal auszutrocknen. Dazu gehört für uns auch die  
113 Schließung des islamischen Zentrums in Hamburg und des Zentrum der Islamischen  
114 Kultur Frankfurt. Es ist gut, dass ein Betätigungsverbot die PFLP-

115 Vorfeldorganisation "Samidoun" auf den Weg gebracht wird, der Bundeskongress  
116 erneuert in diesem Kontext außerdem die Forderung des Länderrates nach einer  
117 Einstufung der iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation sowie einer  
118 Beschlagnahmung jeglichen Vermögens, das mit Personen in Verbindung steht, die  
119 den Revolutionsgarden zugeordnet werden können.

120 Frieden, Demokratie und Verständigung im Nahen Osten wird es langfristig nur  
121 geben können, wenn sich prodemokratische, friedensorientierte und das  
122 Existenzrecht Israels anerkennende Palästinenser\*innen gegen die Hamas  
123 durchsetzen können. Wir erwarten deshalb von der EU und von der Bundesregierung,  
124 dass Gelder für Projekte und Institutionen in den palästinensischen Gebieten an  
125 Organisationen fließen, die nachweisen, dass sie weder Hass noch Gewalt dulden  
126 und für eine Normalisierung mit Israel eintreten. Die Gelder sollen der  
127 Zivilbevölkerung zugutekommen, nicht islamistischen Gruppen. Außerdem müssen  
128 sich die Lebensbedingungen für die Palästinenser\*innen langfristig verbessern,  
129 denn Armut und Perspektivlosigkeit sind ein Nährboden für Extremismus.

130 Die Kürzungen im Bundeshaushalt umfassen auch Mittel für Demokratieförderung,  
131 wie die von HateAid, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Amadeo  
132 Antonio Stiftung. Diese Kürzungen dürfen nicht vorgenommen werden! Im Gegenteil  
133 braucht es massive Investitionen, auch in Bildungsprojekte gegen israelbezogenen  
134 Antisemitismus und Projekte zum Austausch zwischen Menschen in Deutschland und  
135 Israel. Darüber hinaus braucht es weiterhin Geld für Projekte, die den Dialog  
136 von Betroffenen mit unterschiedlichen, persönlichen Bezügen in den Nahen Osten,  
137 die in Deutschland leben, fördern.

138  
139 Wir nehmen wahr, dass die jüngsten Geschehnisse im Nahen Osten viele Mitglieder  
140 sehr umtreiben und viel Gesprächsbedarf dazu besteht. Der Bundesvorstand macht  
141 sich Gedanken über Formate von Bildungsarbeit zu den aktuellen Geschehnissen im  
142 Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, die ausreichend Raum für Dialog und  
143 unterschiedliche Perspektiven geben.

144  
145 Wir verweisen überdies auch auf unseren Beschluss "Nein zu jedem Antisemitismus"  
146 vom 49. Bundeskongress.

147  
148 **Wir stehen für universelle Menschenrechte - egal wo, egal für wen!**  
149 **Gegen die Feinde der befreiten Gesellschaft und hoch die internationale**  
150 **Solidarität mit Israel!**